Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Im Einzelverkauf
auf den Bahnhöfen u. bei den Zeitungs-Verkäufern
10 ₰ pro Nummer.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8. Fernsprecher 153 u. 222.
Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).
Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, nach den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.
Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.
Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 386. **Sonntag** den 31. Juli 1904. **98. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* General v. Trotha ist mit dem Hauptquartier am 27. d. Mts. von Owikokorero abmarschiert und war am 29. d. Mts. in Otjira.

* Das neue preußische Wildschongesetz ist gestern amtlich veröffentlicht worden.

* Der Bruch Frankreichs mit dem Vatikan ist nunmehr Tatsache geworden. (S. Ausland.)

* In der letzten Sitzung des rumänischen Ministerrats ist der Vertrag mit der Fabrik Krupp in Essen behufs Lieferung von Schnellfeuergeschützen für die rumänische Armee genehmigt worden.

Wochenschau.

Die Ereignisse der Woche, soweit sie kleiner Natur sind und damit unter die Rubrik des Friedens fallen, werden völlig in den Hintergrund gedrängt durch den Ministermord in Petersburg. Rußland darf angesichts dieser schauerlichen Katastrophe sein Haupt verhüllen, denn mit dem Morde des Ministers ist nicht etwa nur eine Greueltat verbrochen, wie sie in der Kriminalstatistik jedes Kulturstaates verzeichnet ist, sondern in diesen Zeitläuften der internationalen Verwickelungen bedeutet dieser politische Mord eine so entsetzliche Bloßstellung der innerpolitischen Verhältnisse des Zarenreiches, daß die Haltung des Zaren, der angeblich nur mit einem Ohnmachtsanfall auf die Schreckensbotschaft zu antworten wußte, sehr wohl zu erklären ist. Während draußen die Kriegsmacht vor dem Entscheidungsgange steht, schreitet der Terrorismus, der in Rußland so leicht nicht aussterben wird, zu einer Tat, die nicht nur den russischen Patrioten, sondern jeden Menschen, der sich den Sinn für die öffentliche Ordnung bewahrt hat, mit Grauen und Entsetzen erfüllen muß. Die Verteidiger im Königsberger Prozesse können keine bessere Illustration zu ihrer Schilderung innerrussischer Verhältnisse wünschen, und denen in Preußen, die noch vor wenigen Tagen ein hohes Lied zum Lobe der russischen Verhältnisse anstimmten, muß es doppelt unangenehm sein, die Quittung auf das System Plehwe in so grauenhafter Form annehmen zu müssen. Denn mit dem Attentat auf Plehwe, den stündlich tausend Zungen verwünschen, haben wir es nicht mit einer Bluttat, diktiert von persönlichem Hasse, zu tun, sondern der Bombenwurf war die Quittung für das gesamte, von der Düna bis nach Sachalin gleich verhaßte System. Gefügige Tintenkulis sind zwar nicht müde geworden, die harte, aber gerechte Hand des Ministers zu preisen und solche Unverfrorenheit auch in die Spalten ehrenhafter deutscher Blätter einzuschmuggeln, aber wer die glorreichen Verhältnisse des heiligen Rußland kennt, wird sofort aus den Lobeshymnen den hellen, silbernen Klang des Rubels gehört haben, der in Rußland zu Hunderttausenden zur Verfügung steht, sobald es sich darum handelt, dem geehrten Nachbar Sand in die Augen zu streuen.

Das war bisher der Lebenszweck des Herrn Witte, der um die Zeit des Attentates mit unserem Kanzler zu Tische saß und fröhlich das Mahl zu Ehren des deutsch-russischen Handelsvertrages genoß. Herr Witte wird sonst an seine Fahrt nach Norderney freilich nur mit etlichem Grimm zurückdenken. Erstlich ist es an und für sich kein Hochgenuß, mit dem Hute in der Hand zu dem getreuen Nachbar und Nothelfer zu steigen, dann aber muß es für eine russische Exzellenz gerade nicht erbaulich sein, solche Schreckensposten aus der Heimat zu vernehmen, deren Friede und Wohlfahrt soeben noch offiziell feststanden, wenn man offiziell dieses Wohlergehen der teuren Heimat als einziges Aequivalent in die Wagschale zu werfen hat. Nach festlichem Mahle, das die Krönung der Witteschen Reise bedeutete, ist inzwischen der deutsch-russische Handelsvertrag bekannt geworden, und wenn man geglaubt hatte, Graf Bülow werde die arge diplomatische Klemme Rußlands in aller Welt gebührend ausnutzen, so ist man aus diesem naiven Glauben zum eigenen Schrecken aufgejagt worden. Wenn die Präliminarien Bülow-Witte zum Reichsgesetz werden, so kann man ehrlicherweise nicht anders sagen, als daß wir eine gute Gelegenheit ungenützt aus der Hand gehen ließen, Rußland einmal am eigenen Leibe fühlen zu lassen, daß kommerzielle Unbilligkeiten der Gipfel der internationalen Lieblosigkeit sind. Die agrarischen Interessen unseres Reiches sind allerdings anscheinend gewahrt, obschon die unterschiedliche Behandlung russischer Gerste nichts anderes als ein sehr starkes Kompliment nach der Newa bedeutet. Dagegen scheint die Industrie Deutschlands die Kosten des Verfahrens zahlen zu sollen, denn von einer Revision des hochschutzzöllnerischen russischen Tarifes ist bisher keine Rede. Man kann es zwar begreifen, wenn Rußland seiner mit vieler Mühe, vielen Opfern und vieler Marktschreierei geschaffenen Industrie durch Prohibitivzölle zu Hülfe zu kommen sucht, aber wenn wirklich dieses Verständnis für Rußlands Wünsche in Nordernetz so ausschlaggebend gewesen sein sollten, daß unsere Industrie dem agrarischen Arrangement kostenpflichtig erscheint, so wäre das eine bedauerliche Vernachlässigung unserer günstigen Position gegenüber dem Rußland von heute. Der Zar steht momentan natürlich völlig unter dem Drucke seiner Polizei, und wenn das Attentat auf Plehwe nicht eine so willkommene Handhabe zur Einschüchterung Nikolaus' böte, so würde die russische Polizei schon Mittel und Wege finden, den Selbstherrscher aller Reußen in beständiger Angst und Sorge zu erhalten. Derselbe Nikolaus, welcher einst mit seiner jugendschönen Gattin durch die Straßen Petersburgs wandelte, der die Rolle Harun al Raschids bei Tage durchzuführen suchte, fällt heute bei der Nachricht vom Attentat in Ohnmacht — tempora mutantur! Selbstverständlich entdeckt die stets diensteifrige Polizei zur rechten Zeit eine Liste der „Konskribierten", an deren Spitze der Zar figuriert — wenn die Dynamitarden geglaubt haben, daß mit Schreckensakten im heiligen Rußland etwas zu Gunsten des konstitutionellen Regimes zu erreichen sei, so sollte ihnen das Verhalten des Zaren Beweis genug sein, ihre Hoffnungen zu begraben, zumal nach Plehwes schrecklichem Ende. Seltsamerweise begegnet man in den Spalten der deutschen Presse eine Art Genugtuung darüber, daß nach dem neuen deutsch-russischen Abkommen die Differenzierung der auf dem See- und Landwege eingeführten Ware hinsichtlich der Zollsätze unterbleiben soll. Das als einen Erfolg unserer Unterhändler zu bezeichnen, heißt vergessen, daß es bisher eine bodenlose Unverfrorenheit Rußlands war, diesen Unterschied, der offenkundig gegen unseren Export gemünzt war, in der Zollgesetzgebung aufrecht zu erhalten. In der Beseitigung dieses Paragraphen einen besonderen deutschen Erfolg zu sehen, heißt also ebenso unwissend als kurzsichtig in handelspolitischen Dingen sein.

Auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatze will der russische Lorbeer noch immer nicht grünen, und der russische Telegraph mußte sich zu dem Zugeständnis bequemen, daß die Japaner tatsächlich Niutschwang besetzten und somit eine Position einnahmen, die gerade jetzt dem Generalissimus Kuropatkin doppelt unangenehm sein muß, denn der neueste Vorstoß der Japaner hat seine größte Bedeutung nicht etwa nach der militärischen, sondern nach der moralischen Seite hin. Der Erfolg der Japaner, das Attentat in Petersburg, die angebliche große Verschwörung in Finland — das sind Daten für den russischen Chronisten, daß er von einer schwarzen Woche, nicht nur von einem dies ater reden kann. Dazu kommt noch die Dardanellenfrage, die anscheinend schon jetzt in ein akutes Stadium getreten ist. Von einer Initiative kraftvoller Art in dieser Frage ist bei der hohen Pforte keine Rede mehr; denn der Minister des Aeußern Tewfik Pascha hat reichlich bescheiden, die Mächte möchten sich über die Frage einigen. Die Pforte werde dann die Wünsche der Mächte erfüllen. Ein Meisterstück der berühmten türkischen Verschleppungspolitik; denn man weiß eben am Goldenen Horn sehr genau, daß sich die Mächte eben nie über die Dardanellenfrage einigen werden. Die türkische Diplomatie wird also auch künftighin getrost im Schatten europäischer Uneinigkeit ihr Unkraut wachsen lassen und dem ganzen Europa ein Schnippchen schlagen.

Eine kraftvolle Sprache gegenüber ähnlicher Leisetreterei täte augenblicklich auch in Paris gegenüber den vatikanischen Aspirationen not. Herr Combes hat so lange mit dem Abbruch der gesamten Beziehungen zum Vatikan gedroht, so viel blinde Schüsse sind abgefeuert, aber noch immer hat man den ersten scharfen Schlag gescheut. Der Bischof von Dijon aber ist einstweilen zu löblicher Unterwerfung nach Rom gereist, was Herrn Combes besonders schmerzlich sein muß.

König Eduard benutzt seinen Aufenthalt in Marienbad dazu, mit Kaiser Franz Josef zusammen zu treffen, was eine naturgemäße Fortsetzung der von England in den Jahren des gegenwärtigen Königtums inaugurierten Politik bedeutet. Die herzlichen Beziehungen zu Frankreich, die offenkundig betonte Entente in Kiel, die Höflichkeit in Marienbad — fast sollte einem unbehaglich werden, zumal wenn man bedenkt, daß König Eduard alles andere als unser Freund und Gönner ist. Aber die pringlichen Gefühle haben sich selbstverständlich überlebt, wenn Eduard König wird — wie das schon Shakespeare wußte.

In Südwestafrika herrscht noch immer die alte Ungewißheit, denn alle Mitteilungen über unsere Vorbereitungen bedeuten auch heute noch immer nichts anderes als Nachrichten von unserer Unfertigkeit zum entscheidenden Schlage. Am übelsten von Europas Völkern werden die Portugiesen unsere Expedition verspüren: sie müssen nunmehr, wohl oder übel, ihre Grenze in Südangola bewachen. Am wehleidigsten wird dabei dem Herrn Finanzminister in Lissabon zu Mute sein, der das Programm aufgestellt hat, die Gelder Europas zwar einzustreichen, aber nicht auszugeben, besonders nicht, wenn es sich um ein paar Rebellen am Kunene und um den allemsio quadrado handelt.

Einen bemerkenswerten Schritt finanzieller Natur bedeutet für Preußen die Verstaatlichung der „Hibernia". Sie soll nach dem Urteil Unbefangener den ersten Schritt auf dem neuen Wege gegen die Vertrustung der Kohlenproduktion bedeuten — man darf mit Recht auf den Kommentar gefaßt sein, mit welchem die preußische Regierung diese jüngste finanzpolitische Maßnahme begleiten wird.

Das Orsini-Attentat.

Die „Deutsche Rundschau" veröffentlicht in ihrem Augusthefte neue Abschnitte aus den Memoiren des früheren österreichisch-ungarischen Botschafters in Paris, Grafen J. A. v. Hübner. Die Monate Januar, Februar und März des Jahres 1858 umfassend, verbreiten diese Aufzeichnungen des angesehenen Diplomaten insbesondere neues Licht über die Wirkungen und Folgen des Orsini-Attentates. Man erinnert sich, daß am 14. Januar in der Rue Lepelletier, unweit der Auffahrt zur Oper, jener Anschlag auf das Leben des französischen Kaiserpaares gemacht worden ist. Weder der Kaiser noch die Kaiserin kamen nennenswert zu Schaden, sonst aber fielen dem Bombenattentat etwa 142 Tote und Verwundete zum Opfer. Auf die lebendige Schilderung, die Graf Hübner von dem Attentat selbst entwirft, kann hier nur hingewiesen werden. Dagegen soll auf Grund der eingehenden Tagebuchaufzeichnungen des Grafen die persönliche Stellungnahme Napoleons III. und Eugenies gegenüber dem Attentat und dem Attentäter in den nachfolgenden Zeilen geschildert werden; auch eine zuverlässige Mitteilung, die Graf Hübner erst im Jahre 1892 erfuhr, wird dabei verwertet.

Bekanntlich begab sich das Kaiserpaar sofort nach dem Attentat in seine Loge. Jemand, der dem Kaiser bis zur Loge gefolgt war, hat dem Grafen Hübner mitgeteilt, daß Napoleon in diesem Augenblicke ganz entmutigt zu sein schien, während Eugenie eine bewundernswürdige Unerschrockenheit und Ruhe bewahrte. Fehlte es dem Kaiser an physischem Mut? Hübner glaubt das nicht, erklärt sich vielmehr Napoleons Schwäche mit dem Umstande, daß die Orsini-Bomben dem Kaiser urplötzlich in Erinnerung riefen, daß seine früheren Mitbrüder ihm nicht eher verzeihen würden, bis er, der Renegat, in den Schoß der Sekte zurückgekehrt. Eugenie hat am 16. Januar beim Empfange des diplomatischen Korps mit Lebhaftigkeit und einer gewissen Koketterie die Einzelheiten des Attentates erzählt; sie genoß auf kindliche Weise ihren Triumph als Heldin und war gehobener Stimmung. Erscheint dies nach ihrem Charakter begreiflich genug, so wird es doch Befremden hervorrufen, wenn man von einem so gut unterrichteten Gewährsmanne, wie Graf Hübner es ist, die seltsame Kunde vernimmt, daß Kaiserin Eugenie für den Mörder in Glacéhandschuhen sich sehr bald „begeisterte". Mochten immerhin die russischen und die polnischen Damen, die im Saale des Geschworenengerichts der Seine sich dicht zusammendrängten, in den schönen Italiener verknarrt sein: daß sogar das Ziel seines Anschlages von ähnlichen Empfindungen beherrscht wurde, ist beinahe unglaublich.

„Der Kaiserin", schreibt Hübner unter dem 28. Februar, „ist gänzlich der Kopf verdreht, sie verbringt ihre Zeit mit Weinen und ruft die Wilde ihres Gemahles an, um das Leben dieses Elenden zu retten." — „Es ist kein Geheimnis mehr, daß die Kaiserin Himmel und Erde in Bewegung setzt, um Orsini zu retten", schreibt Hübner am 2. März. Und auf den Minister des Auswärtigen Walewski sich berufend, der Hübner erzählt hatte, daß Eugenie „wie verhext war", berichtet der österreichische Botschafter: „Sie (Eugenie) beschwor ihren Mann, Orsini zu begnadigen, und man hatte alle Mühe der Welt, sie zu verhindern, ihn in der Conciergerie aufzusuchen."

Auch Napoleon, so verzeichnet Hübner am 13. März, dem Tage der Hinrichtung Orsinis, schien zur Begnadigung entschlossen. Nach langen Debatten im Geheimen Rate, als keine Hoffnung bestand, den Kaiser von seinem Entschlusse abzubringen, machte Fould dem Widerstande Napoleons dadurch ein Ende, daß er ihm sagte: „Sire, vergessen Sie nicht, daß es französisches Blut war, das in der Rue Lepelletier geflossen ist!"

„Es scheint, daß sich in jetziger Zeit die Begriffe „gut" und „schlecht" vermengen und daß die Logik des Herzens verdunstet" — sagt angesichts der im Orsini-Prozesse gemachten Erfahrungen Graf Hübner. Man kann ihm dieses Urteil nachfühlen; und besonders wird das Verhalten Eugeniens, wenn man schon Napoleons Geneigtheit für eine Begnadigung Orsinis verstehen kann, merkwürdig anmuten.

Deutsches Reich.

Berlin, 30. Juli.

* **Die Nordlandsfahrt des Kaisers.** In Molde sah der Kaiser am Freitag zur Abendtafel die Admirale und Kommandanten des 1. Geschwaders und nahm am Sonnabend an der Frühstückstafel bei Admiral v. Koester teil. Die Abfahrt von Molde erfolgt Montag früh; an Bord ist alles wohl.

* **Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen früherer Zeiten.** Rußland hielt bis in die erste Hälfte der neunziger Jahre an einer grundsätzlich autonomen Handelspolitik fest, und zwar einer ziemlich extremen protektionistischen. Die mäßige Erniedrigung der Zollschranken, welche im mittleren Drittel des letzten Jahrhunderts hauptsächlich in Rücksicht auf das enorme Ueberhandnehmen des Schmuggels eingetreten war, machte aus fiskalischen Gründen alsbald wieder einer ausgesprochenen Hochschutzpolitik Platz. Dieselbe begann 1876 mit der Anordnung, daß alle Zölle in Goldwährung zu zahlen seien, was angesichts der in Rußland herrschenden Papierwährung eine Zollerhöhung um 30 Proz. bedeutete, und endete nach wiederholten Zollerhöhungen mit dem Kampftarif von 1893, den die russische Regierung auf die deutscherseits erfolgten Gegenmaßregeln als letzten Trumpf ausspielte und der im wesentlichen einer vollständigen Aussperrung der deutschen Provenienzen gleichkam. Deutschland antwortete mit einer Zollerhöhung von 50 Proz., und Rußland tat dasselbe. So war der Zollkrieg formell erklärt. Dieser Zustand konnte in Anbetracht des Umstandes, daß Rußland in vieler Hinsicht auf die deutschen Waren angewiesen war, nicht von langer Dauer sein. Rußland litt unter dem Zollkrieg mehr als wir; insgeheim knüpfte es in Berlin Unterhandlungen an, und der Erfolg der deutschen Politik war, daß es sich entschloß, nicht nur seine Kampfstellung, sondern überhaupt seine bis dahin hartnäckig festgehaltene autonome Handelspolitik aufzugeben und den Handelsvertrag vom Februar 1894 abzuschließen. Aus bekannten Gründen wurde von landwirtschaftlicher Seite dieser Erfolg der deutschen Politik lebhaft angefochten. Die Durchsetzung des Vertrages im Reichstage stieß auf Widerstand, sie wurde mit 200 gegen 146 Stimmen dadurch ermöglicht, daß zu gunsten des Ostens der Identitätsnachweis für Getreide, und zu gunsten des Westens die Staffeltarife für Getreide aufgehoben wurden.

* **Zur angeblichen Zweikampfsforderung des Prinzen Prosper von Arenberg** ergreift jetzt auch der „Geforderte" das Wort. Die „Disch. Tgsztg." erhält von Herrn Henry Wenden, dem Verfasser des Romans „Tropenkeller", aus Frankfurt a. M. eine Zuschrift, in der er berichtigend mitteilt, daß ihm der im angeblichen Auftrage des Prinzen Prosper von Arenberg geschriebene Brief, der die Zweikampfsforderung enthielt, am 15. Juli in Wien durch die Post rekommandiert zugestellt worden sei. Da er sich gegenwärtig auf einer größeren Reise befinde, habe er den Brief seinem Verleger, Herrn Richard Sattler in Braunschweig, übergeben, der ihn jedem Interessenten vorweisen könne. Seine Zuschrift schließt Herr Henry Wenden mit den Worten:

„Nach der ganzen Sachlage hatte und habe ich keinerlei Veranlassung, an der Echtheit des Briefes zu zweifeln, solange nicht Prinz Arenberg selbst oder ein glaubhafter Vertreter erklärt, daß er mich nicht gefordert habe und ich also düpiert worden sei."

Wie verträgt sich denn das aber mit der Erklärung des Herrn Sattler im „Berl. Tgbl.", daß er sich wundere, von Herrn Wenden in der Angelegenheit keine Nachricht erhalten zu haben.

— Die Audienz der Farmer. Nicht in Wilhelmshaven, sondern, wie berichtigt wird, in Wilhelmshöhe wird der Kaiser die Abordnung der südwestafrikanischen Ansiedler empfangen.

— Prinz Joachim Albrecht, der zweite Sohn des Prinzregenten Albrecht, der zur Zeit beim Großen Generalstab Dienste tut, ist vom 4. bis 12. August an Bord des Linienschiffes „Kaiser Friedrich III." kommandiert worden.

— Als nationalliberaler Landtagskandidat für das durch den Tod des Geheimrats Schulz frei gewordene Mandat in Witten-Gelsenkirchen wird von Witten aus Fabrikbesitzer Dr. Schramm in Vorschlag gebracht, während man nach der „Rh.-Westf. Ztg." von Gelsenkirchen aus für den früheren Reichstagsabgeordneten Franken eintritt.

— Die in Berlin lebenden Litauer haben dem sozialdemokratischen Zentralorgan folgende Zuschrift gesandt: „Bei dem Königsberger Geheimbunds- und Hochverrats-Prozeß glaubte der Verteidiger Herr Rechtsanwalt Schwarz seinen Klienten Kugel durch folgende Erklärung verteidigen zu können: „Kugel ist Litauer. Von einem Litauer kann man nicht verlangen, daß er in jedem Punkte die Wahrheit sagt. Ja, Herr Staatsanwalt, gerade aus Ihrer Praxis sollten Sie wissen, daß es eine Stammeseigentümlichkeit der Litauer ist, bisweilen selbst unter Eides als Zeugen von der Wahrheit abzuweichen." Gegen diese Verallgemeinerung des Herrn Rechtsanwalts Schwarz müssen wir Litauer ganz entschieden Protest erheben. Wir müssen es als eine grobe Beleidigung von seiten des Herrn Schwarz auffassen, wenn er aus einzelnen speziellen Fällen eine Eigentümlichkeit der ganzen litauischen Nation herleitet und damit allen Litauern den Stempel von Lügnern aufdrückt. Solche ungerechten Aeußerungen können bei den Litauern nur Mißtrauen und Haß schüren und ihr Vertrauen gegen die Deutschen vollends erschüttern. Die Litauer Vereine." — Das „vollends" läßt tief blicken.

*

* **Barmen**, 30. Juli. Von der Handelskammer wurde in der letzten Sitzung beschlossen, dem Deutschen Flottenverein Material über die Höhe der Beteiligung des Bezirkes an Export und Import über See zur Verfügung zu stellen zur Benutzung für die Propaganda.

* Aus **Oberschlesien** wird uns geschrieben: Gegen den in Zabrze erst seit einigen Monaten bestehenden Sokolverein wurden hintereinander zwei Prozesse anhängig gemacht. Die Vorstandsmitglieder waren einmal angeklagt, daß sie Versammlungen abgehalten hätten, ohne sie polizeilich anzumelden, und daß, als die Polizei diese nicht angemeldeten Versammlungen auflöste, die Anwesenden nicht sofort das Lokal verlassen hätten. Die Angeklagten behaupteten, daß dies keine Versammlungen waren, sondern daß sie nur Turnübungen vorgenommen hätten und daß sie anderseits auch nicht sofort das Lokal hätten verlassen können, da sie für die Turnübungen besonders gekleidet gewesen wären. Der Gerichtshof entschied aber im Sinne der Anklage und verurteilte die Angeklagten zu je 50 ℳ Geldstrafe. — In einem zweiten Prozesse gegen den Vorstand des Sokolvereins, in dem auch die Gattin eines Arztes mit angeklagt war, beantragte der Staatsanwalt wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes 30 ℳ gegen jeden der Angeklagten. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung.

* **Aus Bayern.** Der Konflikt v. Asch-Heim ist in ganz Bayern noch überall die Tagesfrage. Bereits beginnen auch die Geberdenspäher sich der Sache zu bemächtigen. Der klerikale „Bayerische Kurier" schreibt heute:

Von unbedingt glaubwürdiger Seite wird uns der Ausspruch einer hochstehenden Persönlichkeit berichtet: Ich kann von Glück sagen, daß der Streich gegen ihn gerade jetzt und von einem Heim geführt wurde. Sonst wäre er heute nicht mehr Minister.

Das Blatt bemerkt hierzu:

Da kommt man aber beim Zentrum und vor allem bei den Bürgern Dr. Heims an die Unrechten. Auch im nächsten Land-